

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 3 (1911)
Heft: 11

Artikel: Ein Reorganisationsproblem. Teil I
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-349825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gegnern der Arbeiterschaft, die im Streit um das Teuerungsproblem eine wichtige Rolle spielten, näher bekannt machen.



Ein Reorganisationsproblem.

I.

Die Dinge wiederholen sich! Es ist noch gar nicht lange her, seit in den Kreisen der schweiz. Gewerkschaften lebhaft über die beste Form der gewerkschaftlichen Landesorganisation gestritten wurde, und schon wieder beschäftigt die klassenbewusste Arbeiterschaft der Schweiz eine Reorganisationsfrage. Diesmal handelt es sich aber um die *politische* Organisation des Proletariats. Und wieder werden hitzige Debatten geführt, wobei den « Neuerern » auch, wie seinerzeit bei der Reorganisation des Gewerkschaftsbundes, der Vorwurf nicht erspart wird, sie wollten nur das immerhin wertvolle Bestehende vernichten, ohne etwas Besseres an dessen Stelle setzen zu können. Von den sonstigen Vorwürfen ganz zu schweigen.

In einem unterscheidet sich der gegenwärtige Streit um die Reorganisation der Partei aber von dem um die Reorganisation des Gewerkschaftsbundes. Bei letzterem handelte es sich weit weniger um taktische Differenzen, als dies bei ersterem der Fall ist. Dies Faktum verleiht dem Reorganisationsstreit der schweiz. Sozialdemokratie die Bedeutung, die es rechtfertigt, dass ihm auch an dieser Stelle einige Betrachtungen gewidmet werden.

Taktische Differenzen, zumeist dem *wirtschaftlichen* Kampfe des schweizerischen Proletariats entsprossen, drängen nach Lösung. Dass die zentralistische Organisationsform die beste ist, wird nicht bestritten, wenn sie auch etwas verschieden bewertet wird. Unter den Verteidigern des gegenwärtigen Zustandes der Parteiorganisation gibt es nämlich Genossen, die es fertig bringen, die Aufgaben der proletarischen Klassenbewegung so zu formulieren, dass die Reorganisation der Partei überflüssig erscheint. Es wird behauptet, das Schwergewicht der sozialistischen Politik liege in den Kantonen und Gemeinden. Das ist eine Auffassung, die in erster Linie bei den Gewerkschaftern auf schärfsten Widerspruch stossen muss. Was alles als sozialistische Errungenschaft auf kommunalem oder kantonalem Gebiete gepriesen wird, ist zumeist nichts anderes als die Frucht einer normalbürgerlichen Verwaltung. Trotzdem braucht man die Arbeit der sozialdemokratischen Partei auf diesen Gebieten nicht gering zu schätzen. Aber ganz falsch ist die Meinung, über die wichtigsten Lebensinter-

essen der Arbeiterschaft werde auf kantonalem oder kommunalem Boden entschieden. Wir weisen auf die kapitalistische Wirtschaftspolitik, die alle gewerkschaftlichen Errungenschaften illusorisch macht, und die sicherlich nur durch eine schlagfertige *eidgenössische* Organisation bekämpft werden kann. Es ist auch wohl nicht schwer, zu erkennen, dass die Staatsgewalt sich stetig stärker in der Eidgenossenschaft konzentriert und die Bedeutung der kantonalen Gesetzgebung verringert wird. Alles die natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung. Ist es schon deshalb nicht richtig, dass auf kantonalem und kommunalem Boden für die Arbeiterschaft auf absehbare Zeit am meisten zu holen ist, so kommt dabei noch in Betracht, dass gerade in den Kantonen und Gemeinden, wo das Proletariat am zahlreichsten ist, seine Macht seiner Zahl am wenigsten entspricht. Weshalb, das besprechen wir bei Behandlung der Ausländerfrage, die bei der Reorganisation der Partei eine sehr gewichtige Rolle spielt.

Noch keine Arbeiterorganisation irgendeines Landes hat es vermocht, eine einheitliche Auffassung über die taktischen Richtlinien zu erzielen. Kein Wunder, dass dieses Kunststück auch in der Schweiz noch nicht fertig gebracht worden ist. Bei uns sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch so vielgestaltig, dass die Buntheit der Meinungen niemanden überraschen kann, sofern er sich darüber klar ist, dass es die Lebensverhältnisse sind, die die Anschauungen der Menschen bestimmen. Sowohl die gewerkschaftliche als auch die politische Organisation der Arbeiterklasse findet ihre grösste Entfaltungsmöglichkeit in den grossindustriellen Verhältnissen. Und dies nicht nur bezüglich des zahlenmässigen Wachstums, sondern auch in bezug auf die Durchsetzung der Forderungen. Dem grossindustriellen, grossstädtischen Arbeiter zeigt die kapitalistische Produktionsweise viel anschaulicher die Notwendigkeit und Möglichkeit einer sozialistischen Ordnung als dem Arbeiter in Gegenden mit einer rückständigen Produktionsweise. Und wenn auch heute selten einer so isoliert dahinlebt, dass er nicht auch bei weiter, räumlicher Entfernung von den Stätten grosser industrieller Produktion ein sehr plastisches Bild von den Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung zu gewinnen vermöchte, die Einwirkung der ihn umgebenden Verhältnisse lässt sich auch durch ernstes Studium nicht immer ganz paralysieren.

In den industriell unentwickelteren Gegenden erscheinen dem Arbeiter die Klassengegensätze weniger schroff, die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse scheint vom Wohl- oder Uebelwollen einzelner Personen abhängig zu sein. Auch die Stellung der Unternehmer zur Organisation der

Arbeiter ist oft noch eine sehr gemütliche. Zur Stellung ernsthafter Forderungen ist die Organisation noch zu schwach, ergo erscheint sie den Unternehmern noch nicht gefährlich. Wenn sie auch der Arbeiterorganisation persönlich nicht nahetreten, so ermutigt ihr passives Verhalten doch andere Leute, Angehörige des Mittelstandes, mit den organisierten Arbeitern freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Die Arbeiterorganisation gewinnt an Ansehen und Bedeutung, erhält sogar eine je nach Umständen mehr oder minder grosse Vertretung in den Behörden. Diese Entwicklung übt eine grosse Anziehungskraft aus auf wohlmeinende Leute, die zwar auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf ihre Rechnung kommen, aber sich durchaus nicht dem Reiz des Neuen verschliessen. Notabene, wenn dabei nicht einmal etwas zu riskieren ist. Es ist selbstverständlich, dass nun die Meinung zur unbestritten herrschenden wird, die Bewegung müsse sich bei einer geschickten Taktik in schnurgerader Linie so weiter entwickeln. Bei jeder Wahl einen Stimmenzuwachs, bis die Mehrheit erreicht ist, und dann — kommt die Verwirklichung des Sozialismus.

Naturgemäss nimmt die weitere Entwicklung einen ganz anderen Verlauf. Die kapitalistische Wirtschaftspolitik, die die ganze Lebenshaltung unaufhörlich verteuert, gestattet es den Lohnarbeitern nicht, zu warten, bis eine sozialistische Gemeindeverwaltung ihnen eine bescheidene Verbesserung ihrer Existenz bewirkt. Sie sind gezwungen, Forderungen an ihren Unternehmer zu richten, und in dem zumeist eintretenden Falle der Ablehnung darum zu kämpfen. Damit ändert sich aber auch die parteipolitische Konstellation im Orte. Ein Teil der dem Mittelstande angehörigen Anhänger der Sozialdemokratie zieht aus geschäftlichen Rücksichten ins Lager des Unternehmertums. Je grösser die wirtschaftliche Macht und der Einfluss des Fabrikanten auf die Geschäftswelt ist, desto grösser wird die Zahl der aus dem sozialistischen Lager Desertierenden sein. Angestellte, Beamte und dergleichen, ja selbst Arbeiter werfen die Flinte ins Korn.

Aehnliche Ereignisse haben sich auch schon in bedeutenden Industrieorten abgespielt. Das Hauptmoment, das die Klassenkampfauffassung des nichtgrossindustriellen Arbeiters bestimmt, ist neben dem Verschwinden der Klassengegensätze hinter den persönlichen Formen das mangelnde Kraftbewusstsein. Der grossindustrielle, grosstädtische Arbeiter kann alle seine gesellschaftlichen Bedürfnisse im Kreise seiner Klassengenossen befriedigen. Und wo er über diesen Kreis hinaustritt, bewegt er sich in dem stolzen Selbstbewusstsein, einen Teil einer respektablen Macht zu präsentieren. Behagt es ihm

im Verkehr mit den bürgerlichen Elementen nicht, so kann er sich jederzeit in den seiner Klassengenossen zurückziehen. Der Lohnarbeiter in den industriell unentwickelteren Gegenden hingegen steht viel isolierter mitten im gegnerischen Lager; kein Wunder, wenn er weit weniger selbstbewusst und viel behutsamer auftritt als sein Klassengenosse im Industriezentrum. Er giesst naturgemäss etwas Wasser in seinen sozialistischen Wein. Und weil er selbst schwach ist und mit seinen wenigen Kampfgenossen sehr zaghaft operiert, erschreckt ihn die kühne Aktion des grossindustriellen, grosstädtischen Proletariats. Siegt dieses, dann empfindet er wohl Genugtuung. Unterliegt es aber, dann vermag er nicht der Versuchung zu widerstehen, den aus seinen kleinen Verhältnissen gewonnenen Massstab an die Kämpfe in der Grossstadt, im Industriezentrum zu legen. Das Resultat ist bekannt.

In den letzten Jahren ist in gewissen Kreisen der schweizerischen Sozialdemokratie fast unaufhörlich über die « verfehlten Aktionen » der Gewerkschaften geklagt worden, die die politische Position der Arbeiterklasse an manchen Orten sehr erheblich geschwächt hatte. Mit diesen Vorwürfen können wir uns natürlich bei dieser Gelegenheit nicht beschäftigen, wohl aber mit den Konsequenzen der Taktik, die von den als Ankläger gegen die Gewerkschaften auftretenden sozialdemokratischen Parteipolitikern als die einzig richtige bezeichnet wird.



Der Bundesrat als Verfechter der Unternehmerinteressen.

Als im Jahre 1909 die Schweiz, dem Bestreben anderer Länder folgend, durch Veranstaltung einer Heimarbeiterausstellung der Öffentlichkeit Gelegenheit bot, das düstere Elend und die schamlose Ausbeutung der Heimarbeiter kennen zu lernen, gingen die Meinungen über die Bedeutung einer solchen Elendsausstellung weit auseinander. Die Unternehmer und alle, deren Reichtum und Wohlleben nur auf der grenzenlosen Ausbeutung der mehr als 92,000 in der Schweiz beschäftigten Heimarbeiter beruht, bestritten von vornherein die Richtigkeit der von den Arbeitern gemachten Angaben und die Objektivität der Veranstalter dieser Ausstellung. Ihr böses Gewissen suchten sie mit der allbekannten Ausrede zu beschwichtigen, dass eine solche Ausnützung der Arbeitskraft und ein solches Elend wohl in allen übrigen Ländern möglich sein könne, in der Schweiz hingegen treffe dies durchaus nicht zu und könne darum von einem beklagenswerten Heim-